
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 24/3 (1997)

DOI: 10.11588/fr.1997.3.61034

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

S'il mentionne force positions politiques contradictoires ou totalement irréalistes de Wehner, Scholz n'a cure de les commenter. Exemples: l'approbation du pacte germano-soviétique (p. 22–23), le projet de créer en Allemagne un parti communiste indépendant de Moscou (p. 53), idée au demeurant inconcevable à l'époque (1942) pour un militant communiste, l'espoir que le peuple allemand, sous la direction du KPD, allait chasser Hitler (p. 36), sans parler de sa lettre à Pieck dans laquelle Wehner prévoit une coopération sans nuage avec Mewis, ni du double langage de Wehner (en 1945–1946): communiste avec Langrock ou Kunze, social-démocrate avec Reimann ou Wagner.

Plusieurs témoins ont souligné le caractère fermé d'un homme qui ne livrait pas volontiers le fond de ses pensées. Tout au long de son parcours politique Wehner a mis beaucoup de soin à ne révéler de son passé que ce qu'à un moment donné il croyait utile de dire ou impossible à dissimuler. D'où la nécessité pour l'historien de soumettre à une critique serrée tous les documents, témoignages, etc. concernant cet homme ... même sans nourrir l'espoir de percer jamais le »mystère« Wehner, ni sans doute de combler »la lacune biographique« que constituent ses années suédoises.

Gilbert BADIA, Paris

Norman M. NAIMARK, *The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945–1949*, Cambridge/Mass., London (Harvard University Press) 1995, 586 S.

Das Interesse an der Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) ist seit dem Fall der Mauer spürbar gewachsen. Denn nach dem Ende der DDR stellt sich verstärkt die Frage nach Zwangsläufigkeit und Offenheit der historischen Prozesse in dem von der Roten Armee besetzten Teil Deutschlands. Welche Faktoren ebneten den Weg in die DDR, welche behinderten ihn? Welche Rolle spielten dabei die sowjetische Besatzungsmacht, die SED und die eingesetzten Verwaltungen? In welchem Mischungsverhältnis standen Ideologie und Pragmatismus bei der Lösung zentraler Probleme der Nachkriegszeit in der SBZ? Während zur Zeit diesen und anderen Fragen in einer großen Zahl von Einzelstudien und Forschungsprojekten nachgegangen wird, stand eine aus den inzwischen verfügbaren Quellen gearbeitete Gesamtdarstellung der Geschichte der SBZ bis vor kurzem noch aus. Ein erster Versuch, diese Lücke zu schließen, stammt aus der Feder des Amerikaners Norman M. Naimark, der für die vorliegende Arbeit umfangreiche Archivrecherchen in Moskau, Berlin, London und den Vereinigten Staaten unternommen hat. Bemerkenswert ist vor allem die eingehende Auswertung ungedruckter russischer Quellen, deren Benutzung – trotz einer kurzen Phase eines liberalisierten Zugangs – weiterhin zahlreichen Restriktionen unterliegt.

Naimark bietet keine chronologische Darstellung, sondern acht thematische Längsschnitte, die durch eine Einleitung und ein knappes Fazit zusammengehalten werden. Wie in einem Kaleidoskop entstehen auf diese Weise vor dem Auge des Lesers zahlreiche, höchst unterschiedliche Eindrücke, die sich nur schwer zu einem Gesamtbild zusammenfügen lassen. An erster Stelle widmet er sich Aufbau und Funktion von sowjetischen und deutschen Verwaltungsstrukturen in der SBZ: Einem grundsätzlich als offen bezeichneten Prozeß, der von einer schrittweisen Übertragung von Verwaltungsfunktionen auf deutsche Stellen sowie zunehmender Zentralisierung gekennzeichnet war. Das zweite Kapitel behandelt ausführlich und sehr differenziert die Vergewaltigungen deutscher Frauen durch Soldaten der Roten Armee. Wurde ein derartiges Vorgehen bis zum Juni 1945 von der sowjetischen Armeeführung noch weitgehend toleriert und zum Teil sogar gefördert, dominierten anschließend die – oft wenig erfolgreichen – Versuche, die eigenen Truppen zu disziplinieren. In weiteren Kapiteln thematisiert Naimark die Reparationsproblematik sowie die Weichenstellungen, die im Wirtschafts-

leben zwischen 1945 und 1949 vorgenommen wurden, den Technologie- und Wissenschaftler-Transfer aus der SBZ in die Sowjetunion, die Haltung der Besatzungsmacht zu den Linksparteien, den Aufbau des Polizeistaats sowie die Kultur- und Bildungspolitik zwischen Elbe und Oder.

Nicht ganz in diese Reihe paßt Kapitel sechs, das sich mit der sogenannten »Tjulpanow-Frage« befaßt und sich dem Problem widmet, wer auf sowjetischer Seite die Politik in der SBZ bestimmte und durchführte. Dieses Kapitel zeigt einerseits sehr deutlich, welche Erkenntnisfortschritte auf der Grundlage neuer sowjetischer Archivalien möglich sind. Denn mit ihrer Hilfe kann die These widerlegt werden, Oberst Tjulpanow, Chef der Informationsabteilung der SMAD, habe sich aufgrund seiner Protektion durch den Kreis um Shdanow mit seinem Kurs einer rücksichtslosen Sowjetisierung der SBZ gegenüber Shukow und Semjonow, die wiederum von Malenkov und Berija unterstützt worden seien und ein neutrales, antifaschistisches Gesamtdeutschland vorgezogen hätten, durchgesetzt. Andererseits bleiben der Erkenntnis gerade im Hinblick auf die Rekonstruktion politischer Entscheidungsprozesse Grenzen gesetzt. Denn es wird nicht ganz klar, warum sich Tjulpanow – wenn er denn so wichtig war, wie Naimark behauptet – angesichts heftiger Kritik vom ZK der KPdSU, das mehrfach Untersuchungskommissionen in die SBZ schickte und Tjulpanows Abberufung verlangte, halten konnte. Für seine These, das Verbleiben Tjulpanows in der SBZ sei ein Indiz dafür, »that Stalin himself shared many of the Colonel's instincts« (S. 352) kann auch Naimark keine quellengestützten Belege anführen.

Eine Reihe seiner anderen Erkenntnisse erscheinen hingegen sehr plausibel. Die Sowjetunion, so Naimark, verfolgte 1945 keine feststehenden, langfristigen deutschlandpolitischen Ziele. Auch innerhalb der sowjetischen Entscheidungsträger waren die hier denkbaren Alternativen – eine sowjetisierte, von Westdeutschland abgetrennte Zone, ein vereinigt Deutschland unter Vorherrschaft der SED oder ein entmilitarisiertes, neutrales Deutschland – während der Besatzungszeit umstritten; die sowjetische Deutschlandpolitik war zudem stets von den Beziehungen zu den Westmächten abhängig. Die Politik, die von der Sowjetischen Militäradministration betrieben wurde, kann daher nicht immer mit langfristigen Strategien in Zusammenhang gebracht werden: »Soviet officers bolshevized the zone not because there was a plan to do so, but because that was the only way they knew to organize society« (S. 467).

Dies bedeutete zwar, daß der Aufbau der Polizei von Anfang an unter fester sowjetischer Kontrolle vollzogen wurde; andere Bereiche – Wirtschaftsverwaltung, Justiz und Bildung – überließ die Besatzungsmacht weitgehend den Deutschen, wenngleich sie sich die letzten Entscheidungen stets vorbehielt. In diesem Zusammenhang ist das Verhältnis zur KPD bzw. SED, den sowjetischen Statthaltern in den aufzubauenden staatlichen Strukturen, von besonderem Interesse. Auf der einen Seite mußte die SED ständige Kritik von ihren sowjetischen »Freunden« hinnehmen; auf der anderen Seite verlor die sozialistische Partei zunehmend an Ansehen unter den Deutschen aufgrund ihrer Nähe zur sowjetischen Besatzungsmacht.

Denn durch ihr Verhalten hatten sich die Sowjets in ihrer Besatzungszone mehr Feinde als Freunde geschaffen. Die Reparationspolitik, die »NKWD-Methoden«, die Forcierung des Uran-Bergbaus unter menschenunwürdigen Bedingungen, die Plünderungen, ja, selbst die Vergewaltigungen mochten vor dem Hintergrund der deutschen Untaten in der Sowjetunion durchaus verständlich sein; das Verhältnis zwischen Deutschen und Russen östlich der Elbe war dadurch aber erheblich gestört. Zwar gab es daneben – etwa im kulturellen Bereich – durchaus andere Formen deutsch-sowjetischer Interaktionen; die Belastungen, die sich aus der sowjetischen Besatzungspolitik für die DDR ergaben, wirkten sich Naimark zufolge jedoch bis in ihren Untergang aus.

Hermann WENTKER, Berlin